

Öffentliche Veranstaltung

des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg

EFRE.BB 21|27: Politisches Ziel 5 „Für ein bürgernäheres Europa“

Zusammenfassung des Veranstaltungstages

Nach der Begrüßung und Einleitung durch Reiner Kneifel-Haverkamp, Leiter der Abteilung Europaan-gelegenheiten des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, wurde in zahlreichen Vorträgen und Redebeiträgen die Vorstellungen der Landesregierung und verschiedener Akteure dar-gelegt. Anschließend wurden diese diskutiert. Die Präsentationen zu den Vorträgen und zu einigen Re-debeiträgen stehen unter www.efre.brandenburg.de zum Download zur Verfügung.

Vorträge I

- **Antonia Schreiter**, Referentin in der EFRE-Verwaltungsbehörde, erläuterte in ihrem Vortrag die Programmerstellung im europäischen Kontext. In den Fokus genommen wurden dabei die Verhandlungen auf Ebene der Europäischen Union zum Mehrjährigen Finanzrahmen, der die Grundlage für die zukünftige Förderperiode bildet, sowie zu den Verordnungsentwürfen. Sie wies darauf hin, dass es aufgrund der noch nicht bekannten finanziellen und der noch nicht zu Ende verhandelten inhaltlichen, rechtlichen und technischen Vorgaben schwierig sei, bereits in den konkreten Planungsprozess einzutreten. Trotz der Unwägbarkeiten müssten jedoch die Vorbereitungen vorangetrieben werden.

Sie ging auf wichtige Änderungen im Vergleich zur aktuellen Förderperiode ein, die einerseits schwierig für Brandenburg seien (z. B. voraussichtlich erhebliche Mittelreduzierung, Absenkung des EFRE-Kofinanzierungssatzes), andererseits aber auch positive Effekte mit sich brächten (z.B. Vereinfachungen im Verwaltungs- und Kontrollsystem, günstigere Schwellenwerte für die Einordnung in die Regionenkategorien).

Außerdem wurden die Möglichkeiten im Rahmen des politischen Ziels 5 erläutert. Dabei handelt es sich um territoriale Ansätze wie es z. B. der Stadt-Umland-Wettbewerb in der aktuellen För-derperiode oder der LEADER-Ansatz ist. Die Entscheidung, welcher Ansatz gewählt wird, ist noch offen.

- **Thyra Perlet**, Referentin in der Abteilung Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Ministe-rium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL), stellte die Überlegungen des Ministeriums zur Flächenreaktivierung von Altdeponien, Altlasten und Industriebrachen in städtischen Gebieten vor. Aus der Zusammenarbeit des LfU im Interreg Europe Projekt „COCOON“, welches innovative, umweltorientierte Ansätze im Abfallmanagement untersuchte, wurde die Idee der Rückgewinnung von Rohstoffen aus Altdeponien aufgenommen. Dieses so-geannte „landfill mining“ sei aber nur finanziell machbar, wenn die beräumten Flächen im An-schluss für Funktionen wie Wohnen und Arbeiten genutzt werden können. Es werde ein Tool entwickelt, mit dem die Rentabilität geprüft werden könne. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Sanierung von Altlastenstandorten und Industriebrachen, um sowohl die Umwelt zu verbessern, als auch das Flächenpotential zu erhöhen. Hier weise Brandenburg noch einen hohen Bestand

belasteter Flächen auf, für deren Dekontamination aktuell keine alternativen Fördermöglichkeiten zur Verfügung stünden. Die vorgenannten Aktivitäten würden einen wichtigen Beitrag zum Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie leisten, den Flächenverbrauch zu begrenzen.

Dr. Martin Pohlmann, ebenfalls Referent in der Abteilung Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit, brachte die Notwendigkeit der Vernetzung und Sensibilisierung zur nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene ein, basierend auf den globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDG). Neben einer Unterstützung von Konzepten sei auch die Umsetzung investiver Maßnahmen notwendig, die einen Bezug zur Landesnachhaltigkeitsstrategie aufweisen. Herr Dr. Pohlmann bedauerte die fehlende Einbindung der Biodiversität in den Investitionsleitlinien der Europäischen Kommission (KOM) für die Mittel der Kohäsionspolitik 2021-2027 in Deutschland. Gerade angesichts der ungünstigen Entwicklung der SDGs „Klimaschutz“, „Leben unter Wasser“ und „Leben an Land“ seien hier zusätzliche Aktivitäten notwendig.

Diskussion

- Katrin Müller-Wartig, die Leiterin der Koordinierungsstelle für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds im Europaministerium, unterstrich die aus ihrer Sicht große Bedeutung des LEADER-Ansatzes, da über viele Jahre gute Erfahrungen damit gesammelt wurden. Der Vorteil sei die große Bürgernähe, auch wenn die Steuerung für die Verwaltungsbehörden dadurch schwieriger werde.
- Von einer Vertreterin der Wirtschaftsförderung Cottbus kam der Hinweis, dass die Förderung hier wieder von Potsdam und dem Speckgürtel ausgehend gedacht werde. Zum Beispiel gebe es große Probleme in Spremberg, die Lebensqualität sei in Gefahr. Es sollten immer auch die grenznahen Räume mitgedacht werden.
- Ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer hinterfragte die Abgrenzung zwischen dem vorgestellten CLLD-Ansatz (community led local development – von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokal Entwicklung) und LEADER. Er sähe es als wichtig an, dass die Regionen über ihre Entwicklung selbst bestimmten, unter der Maßgabe, dass die Entscheidungsgremien sinnvoll besetzt seien.
- Die Frage nach der Herkunft der notwendigen nationalen Kofinanzierung wurde vom Vertreter einer Euroregion aufgeworfen. Außerdem sei eine Abstimmung der Ideen zwischen EFRE und INTERREG notwendig.

Frau Schreiter erwiderte, dass eine Abstimmung mit der Verwaltungsbehörde für INTERREG erfolge.

Frau Hermanek, Referentin in der Verwaltungsbehörde EFRE, ergänzte hinsichtlich der Kofinanzierung, dass für den kommenden Landshaushalt Vorsorge getroffen werden müsse. Dies sei umso komplizierter, da bisher weder klar ist, wie viel Geld Brandenburg erhalte, noch zu welchen Konditionen. Es werde geprüft, inwieweit beispielsweise Städtebaumittel herangezogen werden könnten.

- Die Vertreterin des Lausitzer Perspektiven e.V. wies auf die Bedarfe der sorbischen Minderheit im Land hin. Hier werde verschiedene Formen der Partizipation genutzt, unter anderem Bürgergeräte. Veränderungen gelängen nur, wenn die Bevölkerung miteinbezogen sei. Ein erfolgreiches Beispiel seien Bürgerhaushalte.
- Ein Vertreter der Europa Union Brandenburg fragte nach dem Instrumentarium, um die Mittel noch effizienter einsetzen zu können, da die Finanzmittel voraussichtlich gewaltig minimiert würden und wie Brandenburg im europäischen Vergleich dastände.

Darauf erwiderte Frau Müller-Wartig, dass sich objektiv betrachtet, Deutschland und auch die ostdeutschen Bundesländer im europäischen Vergleich gut entwickelt hätten. Vermutlich wäre Brandenburg keine Übergangsregion mehr, wenn die Kriterien für die Einordnung sich nicht geändert hätten. Die ostdeutschen Ministerpräsidenten setzten sich sehr stark dafür ein, dass der Mittelabfall nicht so hoch werde, jedoch mit ungewissem Ausgang.

- Eine weitere Frage konzentrierte sich auf die Altlastensanierung auch außerhalb von Siedlungsbereichen und ob etwas in dieser Richtung geplant sei. Frau Perlet erwiderte, dass sich die Reaktivierung von Deponien voraussichtlich nur in Siedlungsbereichen lohne. Nur hier ließen die Bodenrichtwerte und die dadurch zu erwartenden Einnahmen aus der Flächenverwertung eine rentable Entwicklung der Altdeponiestandorte zu.
- Eine Vertreterin aus dem Büro des Lausitzbeauftragten warb dafür, mehr bottom up-Ansätze zu verfolgen. Das Ziel heiße nicht umsonst „Bürgernäheres Europa“. Hinsichtlich der Lausitz müsse zusammengearbeitet werden, um eine sinnvolle Ergänzung zu den Bundesmitteln zu erreichen. Außerdem fragte sie nach der Auslastung/Umsetzung des aktuellen Stadt-Umland-Wettbewerbes.

Der zuständige Vertreter des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung berichtete, dass 53 Mio. EUR EFRE-Mittel, 19 Mio. EUR ELER-Mittel und 4 Mio. EUR ESF-Mittel bewilligt seien.

In Bezug auf die Kohleregionen erwiderte Frau Schreiter, dass die Lausitz natürlich nicht von der Förderung ausgeschlossen würde, dass aber angesichts der Bundesförderung nicht der Fokus darauf liegen werde.

- Eine Vertreterin des Bildungsministeriums unterstrich noch einmal, dass eine thematische Konzentration unbedingt notwendig sei. Es könne keine Gießkannenförderung geben, nicht alle könnten an der Förderung partizipieren, auch nicht mit einem bottom up- Ansatz.
- Philipp Hentschel vom Netzwerk Zukunftsorte unterstrich, dass „Neues Wohnen und Arbeiten“ eine wichtige Herausforderung für den ländlichen Raum ist und sich das Netzwerk genau damit beschäftigt. Er sehe den LEADER-Ansatz nicht nur positiv, da die Abrechnungsmodalitäten und notwendigen Vorleistungen in den Projekten häufig für kleinere Akteure schwierig seien. Hier sei eine Unterstützung notwendig. Es gehe nicht nur um größere Städte, sondern wirklich um Provinz, um dort Leerstand reaktivieren. Das könne vor Ort einen großen Effekt haben, ein intensiver Austausch zwischen den Akteuren sei nötig.

Frau Müller-Wartig betonte daraufhin, dass Bürokratie nicht nur ein LEADER-Problem sei und inzwischen die Akteure aller Ebenen Vereinfachungen anstreben.

- Aus einer Euroregion kam der Vorschlag, etwas für Kinder im Vorschul- und Schulalter zu tun, kommunale Partnerschaften zum internationalen Austausch zu unterstützen und Kinder und Jugendliche für Globalisierung zu sensibilisieren.

Vorträge II

- **Michael Gonswa**, Referent in der Abteilung Grundsatzangelegenheiten des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, stellte die Überlegungen des Ministeriums zur Zukunft der EFRE-Förderung vor. Es gehe im Wesentlichen darum, in angepasster Form (weniger komplex, einfacher strukturiert) eine integrierte, nachhaltige und innovative Stadtentwicklung umzusetzen, die den Ausbau von sozialer, kultureller, ökologischer und verkehrlicher Infrastruktur ebenso beinhalte, wie die Reaktivierung von innerstädtischen brachgefallenen Gebäuden und Flächen, die Unterstützung von SMART-City/SMART-Region-Initiativen, den Ausbau des Radverkehrs und die Unterstützung innerstädtischer kleiner und mittlerer Unternehmen.

- **Dr. Philipp Riecken**, Referatsleiter für Grundsatzfragen der Kulturpolitik im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, ging in seinem Vortrag vor allem auf die bis zur Förderperiode 2007 bis 2013 bewährte Kulturförderung ein, die aktuell nicht möglich sei. Für die Zukunft werde jedoch darauf gesetzt, eine größere Bürgernähe auch durch die Unterstützung von Kulturprojekten zu erreichen. Als Beispiel nannte er das Oderbruch-Museum Altranft, das sich um das Europäische Kulturerbesiegel beworben habe. Er betonte die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für den ländlichen Raum und vor allem auch für kleinere Städte.

Diskussion

- Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass die Position des MIL gut nachvollziehbar sei. Aus seiner Sicht stelle sich die Frage, wie die Steigerung der Mobilität mit dem Ziel Verkehrsvermeidung vereinbar sei. Auch sei die Frage, inwieweit das Thema Ladeinfrastrukturen tatsächlich Aufgabe der öffentlichen Hand sei (Tankstelleninfrastruktur seien schließlich auch privat organisiert) und ob hier der Staat nicht eher Rahmenbedingungen schaffen müsse.

Herr Gonswa antwortete darauf, dass das MIL im Hinblick auf die neue Förderperiode nur Radverkehrsinfrastruktur vorsehe. Ansätze wie die Unterstützung von Carsharing u. ä. seien bereits verworfen worden.
- Ein Vertreter der Regionalen Planungsstelle Uckermark-Barnim sprach an, dass Daseinsvorsorge ein Schwerpunkt der regionalen Entwicklung sei. Es sei außerdem wichtig, dass auch kleine Zentren unterstützt würden. Eine wichtige Rolle spielten auch die Schnittstellen zwischen digitaler und analoger Welt. Er verwies auf das in 2019 verabschiedete Leitbild 2030 der Region Uckermark-Barnim.
- Ein Vertreter der Fachstelle Altern und Pflege im Quartier wies auf die Wichtigkeit der Integration und von Stadtteilarbeit/Quartiersmanagement hin. Entscheidend sei Bürgernähe.
- Herr Gonswa erwiderte, dass dies in früheren Stadtentwicklungsprogrammen ein Fördergegenstand gewesen sei, in der aktuellen Förderperiode jedoch nicht.
- Außerdem wurden Altlastensanierung und Kampfmittelbeseitigung durch einen Teilnehmer angesprochen. Er verwies auf die durch Munition ausgelösten Waldbrände und dass trotz sanierter Flächen auch die Zahl der neuen Altlastenflächen zunehme und fragte, ob und wie diesem Bedarf begegnet werde.
- Frau Hermanek (Verwaltungsbehörde EFRE) ergänzte, dass derzeit alle Ideen gesammelt würden. Dann sei jedoch zu entscheiden, was wirklich wichtig sei, welche Prioritäten festzulegen seien. Auf jeden Fall sei viel Engagement notwendig, Bürokratie werde es immer geben. Die Prüffeststellungen der Prüfbehörde und von Rechnungshöfen führten immer wieder zu strengeren Regularien, um zukünftig Fehler zu vermeiden.
- Herr Kneifel-Haverkamp ergänzte, dass auch die Erfordernisse der Indikatorik teilweise erhebliche Beschränkungen auferlegen. Hinsichtlich der Vereinfachungen sei er zweckpessimistisch, denn zwar wollten alle Verantwortlichen Verfahren vereinfachen, aber die gehe eben auch nicht immer. Es sei notwendig, dass die Betroffenen ihre Probleme ganz konkret schildern, um prüfen zu können, ob eine Regelung notwendig sei.
- Frau Müller-Wartig unterstrich, dass unbedingt klar sein muss, was inhaltlich gewollt sei und über welche Instrumente das erreicht werden kann. Es muss herausgearbeitet werden, wie wichtig die interkommunale Kooperation ist und ob ein fondsübergreifender Ansatz gewählt werden soll. Aus ihrer Sicht sei es jedoch ein Rückschritt, wenn nur noch fondsspezifisch gefördert würde. Angesichts der knapper werdenden Mittel müsse auch abgewogen werden, ob ein flächendeckender Ansatz noch adäquat ist. Ein wichtiges Thema seien auch Direktprogramme der EU-Kommission wie z.B. HORIZON, die auch für Städte und Gemeinden interessant sein können.

- Die Frage danach, in welchem Prozess diese Fragen beantwortet werden sollen, wurde dahingehend beantwortet, dass dies vor allem partnerschaftlich geschehe. Das bedeute, dass die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner sowie der Städte- und Gemeindebund aktiv in diesen Prozess eingebunden würden und ihre Interessengruppen vertreten. Hierzu verwies eine Vertreterin der Bürgerregion Lausitz, darüber nachgedacht werden müsse, wie die Partizipationsprozesse bei Planung und Umsetzung bürgernäher gestaltet werden können.

Redebeiträge

- **Janna Lenke und Thomas Szodrich** vom Städte- und Gemeindebund stellten die aktuellen Herausforderungen der Städte und Gemeinden in Brandenburg vor. Vor allem die Altersstruktur sei problematisch, die sich indirekt auch auf die finanziellen Zuweisungen auswirke; negativ sei der Investitionsstau, der sich aufgebaut habe. Die Varianz zwischen den Kommunen sei sehr groß. Es gebe viele positive Beispiele für die EU-Förderungen der Vergangenheit und Gegenwart, viele Gemeinden wären heute nicht dort, wo sie sind, wenn es die EU-Förderung nicht gebe

Sie stellten ihre Sicht auf den aktuellen Stadt-Umland-Wettbewerb sowie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen vor. Ein erneutes Wettbewerbsverfahren werde abgelehnt, da die Anforderungen noch höher und die Prozesse noch aufwändiger seien. Die Städte und Gemeinden brauchten Personal, um die Strategien/Konzepte zu erarbeiten, dafür gebe es keine Mittel/Unterstützung. Nach ihrer Erfahrung hätten sich die ländlichen Kooperationspartner nicht angemessen wahrgenommen gefühlt. Sie warben dafür, dass gesamte Land im Blick zu behalten und nicht nur Teilräume.
- **Katrin Lohmann** von der LAG Spree-Neiße-Land e.V. vertrat die Landesarbeitsgemeinschaft der lokalen Aktionsgruppen im Rahmen von LEADER in Brandenburg. Sie gab einen Rückblick auf die bisherigen Ergebnisse der aktuellen Förderperiode in der ländlichen Entwicklung und zog dabei eine positive Bilanz. Zum ersten Mal sei auch die Budgetverantwortung an die LAGen übertragen worden. Weiterhin trug sie die Anregungen der LAGen zur zukünftigen EFRE-Förderung vor. Dabei ging sie darauf ein, dass der EFRE nicht nur als Programm für den städtischen Raum zu verstehen sein sollte und dass sich LEADER als Methode zur Einbindung der breiten Bevölkerung bewährt habe. Zum aktuellen Stadt-Umland-Wettbewerb gebe es in den Regionen zwiespältige Gefühle, da die zeitlichen Verzögerungen aufgrund des späten Starts dazu geführt hätten, dass beide Instrumente teilweise nicht gut zusammen funktioniert hätten.

Diskussion

- Hinsichtlich des flächendeckenden Mitteleinsatzes fragte Herr Kneifel-Haverkamp, wie denn damit umgegangen werden solle, dass das Geld dafür nicht reichen werde, woraufhin Herr Szodrich erwiderte, dass die Konzentration thematisch erfolgen solle.
- Auf die Nachfrage, ob bei LEADER schon die konzeptionelle Phase gefördert werde, antwortete Frau Lohmann, dass das Konzept selbst finanziert sei, jedoch jetzt Mittel aus der Technischen Hilfe pro Region zurückgeflossen seien.
- Es gab einen Hinweis aus der Bürgerregion Lausitz auf die Einrichtung von „Regionalen“ in Nordrhein-Westfalen. Hier würden thematisch und zeitlich konzentriert bestimmte Regionen gefördert.

- Auf den Hinweis, dass die Gebietskulisse des ELER räumlich ausgeweitet werden könnte (nicht nur auf Gemeinden unter zehntausend Einwohner konzentrieren), erwiderte Frau Lohmann, dass es jetzt schon davon Ausnahmen gebe, wenn ein Mehrwert für den ländlichen Raum vorliege.

Redebeitrag

- **Jens Ramm und Katrin Lange**, beide Referatsleiter in der ILB und unter anderem für die Umsetzung der nachhaltigen Stadt-Umland-Entwicklung zuständig, gingen darauf ein, dass zwar die Komplexität der Förderung in den letzten Jahren sehr an Komplexität gewonnen habe, der Gewinn für die Kommunen jedoch trotzdem hoch sei. Sie stellten kurz die bisherigen Ergebnisse der Stadt-Umland-Förderung und die Gedanken der ILB zur neuen Förderperiode vor. Aus ihrer Sicht sei ein Wettbewerb nicht unbedingt notwendig, um interkommunale Koop. zu erreichen. Es sollte auch nicht zum ursprünglichen Ansatz der früheren Förderperioden zurückgekehrt werden, sich nur auf die Städte zu konzentrieren. Es müsse eine größere Klarheit zu den Fördergegenständen erreicht werden, die mit erfüllbare und definierbare Indikatoren verknüpft seien.

- **Sören Bollmann**, Leiter und Referent für internationale Zusammenarbeit im Frankfurt-Slubicer Kooperationszentrum, stellte die Erwartungen der Stadt Frankfurt (Oder) an die neue Förderperiode vor. Er warb dafür, die Landesprogramme für grenzüberschreitende Projekte zu öffnen, was auch für Polen gelte. Da die Komplexität der fondsübergreifenden Projekte sehr hoch sei müsse die fondsübergreifende Förderung erleichtert werden. Die Pauschalen seien schon ein guter Weg, die Bürokratie zu verringern, aber nur ein Beginn.

Er stellte kurz den Handlungsplan mit vier Visionen für die Doppelstadt vor, der das Ergebnis eines anderthalbjährigen Beteiligungsprozesses sei. Im Dezember würde ein gemeinsamer Beschluss beider Stadtverwaltungen gefasst. Es gehe dabei um grenzüberschreitende nachhaltige Stadtentwicklung mit vier Leuchtturmprojekten, die gut zum EFRE passten. Das seien eine Bedarfsanalyse/Machbarkeitsstudie für eine zweite Oder-Brücke, die Verknüpfung der Schwimmbadinfrastruktur beider Städte, die gemeinsame Bewerbung um die Ausrichtung der LAGA 2025 oder 2028 sowie als Europäische Kulturhauptstadt 2029.

- **Philipp Hentschel** vom Netzwerk Zukunftsorte betonte in seinem Redebeitrag, dass es darum ginge für Offenheit zu werben und nicht darum, Forderungen zu stellen. Es gebe die Chance für Brandenburg, die neue Heimat für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu werden, denn es sei bereits eine hohe Expertise im IT- Bereich und Softwareentwicklung vorhanden. Es existierten bereits Zukunftsorte, die mit zehn Praxisprojekte vertreten seien. Es werde die Zusammenarbeit mit LAGs gesucht und vorangetrieben. Das Netzwerk begreife sich als Scharnier zwischen den Zuzüglern und den Einheimischen, als Vermittler zwischen Stadt und Land. Es sei eine Anschubfinanzierung wichtig, um „auf die Beine zu kommen“. Dafür stehe das Netzwerk gern als Praxispartner bereit.
- **Dr. André Göbel** stellte als Geschäftsführer die Digitalagentur Brandenburg vor und warb für eine Zusammenarbeit. Hier sei viel Fachkompetenz, um die Regionen und Gemeinden bei den Herausforderungen durch die Digitalisierung zu unterstützen. Die Digitalagentur können Entscheidungsfindungen z. B. zum Digitalpakt Schule unterstützen, d. h. wie dieser umgesetzt werden könne, so dass tatsächlich auch langfristig davon profitiert werden kann. Auch Themen wie smart farming, Gesundheit und Pflege seien interessant oder wie die Ideen aus bereits geförderten Bundesprojekten zu smart cities und villages in die Räume getragen werden könnten. Gefundene Lösungen werden immer allen zur Verfügung gestellt. Das größte Thema sei gegenwärtig die digitale Infrastruktur. Auch hier gebe es Beratung dazu, beispielsweise welches Projektmanagement notwendig sei, ggf. welche Lückentechnologien/-lösungen.

- **Wolfgang Balint** stellte die Europa Union und hier speziell den Landesverband vor. Es werde unabhängig, unparteilich und ehrenamtlich gearbeitet. Für die Europa Union interessante Themen seien die Nachbarschaft zu Polen, aber auch der Strukturwandel in der Lausitz. Die Ausführungen zu europäischen Themen im Koalitionsvertrag seien gelungen und er hoffe auf eine engere Vernetzung der Akteure.

Diskussion

- Aus dem Publikum angesprochen wurden die regionalen Präsenzstellen der Hochschulen im Land, die in ausgewählten regionalen Wachstumskernen angesiedelt wurden, um die Wissenschaft bürgernäher zu gestalten. Es werden Projekte durchgeführt, aber die Region würde so auch zum Untersuchungsgegenstand.

Frau Müller-Wartig ergänzte, das bei der kürzlich stattgefundenen ESF-Jahrestagung eine Vertreterin des Netzwerks Zukunftsorte über soziale Innovation gesprochen hätte, woran ihr sehr deutlich geworden sei, dass eine integrative, fondsübergreifende Denkweise sehr wichtig sei. Solche Initiativen seien zu stärken, da sie eine stabile Entwicklung im ländlichen Raum begünstigen können.

Herr Kneifel-Haverkamp fasste zusammen, dass noch nicht feststehe, wie dieses Ziel operationalisiert werden soll. Es komme auf gute Ideen aus allen Regionen an, die möglichst bald an die Verwaltungsbehörde gesandt werden sollten. Die Entscheidungen über den Einsatz werden bald erfolgen. Da es so viel weniger Geld geben werde, sei es wichtig, die möglichst effizient und erfolgreich für das Land einzusetzen.

Ergänzende Stellungnahmen, Anregungen und Beiträge können an die Verwaltungsbehörde übermittelt werden. Hierzu wurde eine gesonderte E-Mailadresse eingerichtet: zukunft-efre@mwae.brandenburg.de.